

## Sitzungsniederschrift

### 36. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: <b>Stadthalle Aurich, Bürgermeister-Anklam-Platz, 26603 Aurich</b>		
Sitzungsdatum: <b>20.04.2021</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:00 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>16:43 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Gossel, Arnold	CDU	
<b>Mitglieder</b>		
Akkermann, Hermann	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU	
Constant, Franz	AKSBG	
Harms, Antje	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Looden, Jan-Adolf	AfD	Vertretung für Herrn Holger Looden
Meyer, Alfred	SPD	
Röben, Hinrich	SPD	Vertretung für Frau Ingeborg Kleinert
Strömer, Wilhelm	FW	Vertretung für Herrn Rainer Feldmann
Wirsik, Petra	BWM	Vertretung für Herrn Hans-Gerd Meyerholz
<b>Grundmandat</b>		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
<b>Gäste</b>		
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	ab 15.11 Uhr, TOP 6
<b>Verwaltung</b>		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin

Heinen, Werner	stv. Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt bis 16.06 Uhr, TOP 11
Meinen, Olaf	Landrat
Rabenstein, Heiko	Rechnungsprüfungsamt bis 16.06 Uhr, TOP 11
Saathoff, Irene	Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Wiltfang, Olaf	Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt bis 16.06 Uhr, TOP 11

**Nicht anwesend:****Mitglieder**

Feldmann, Rainer	Feldmann/Trei
Kleinert, Ingeborg	SPD
Looden, Holger	AfD
Meyerholz, Hans-Gerd	BWM

<b>Tagesordnung</b>
---------------------

Öffentlicher Teil:

- |     |   |
|-----|---|
| 1.  | Eröffnung der Sitzung   |
| 2.  | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit  |
| 3.  | Feststellung der Tagesordnung   |
| 4.  | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.04.2021   |
| 5.  | Einwohnerfragestunde  |
| 6.  | Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2017<br>Vorlage: IX/2021/043                                 |
| 7.  | Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 einschließlich Stellungnahme der Verwaltung<br>Vorlage: IX/2021/044     |
| 8.  | Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2017<br>Vorlage: IX/2021/051   |
| 9.  | Konsolidierter Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2014<br>Vorlage: IX/2021/040  |
| 10. | Bericht über die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2014<br>Vorlage: IX/2021/041             |
| 11. | Verzicht auf die Erstellung der konsolidierten Gesamtabchlüsse für die Haushaltsjahre 2015 bis 2020<br>Vorlage: IX/2021/042 |

- |     |   |
|-----|---|
| 12. | Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Vor-Ort-Kinderbetreuung bei allen Sitzungen des Kreistags, seiner Ausschüsse und nachgeordneter Gremien<br>Vorlage: IX-AF/2021/008 |
| 13. | Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021<br>Vorlage: IX/2021/052  |
| 14. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen  |
| 15. | Einwohnerfragestunde  |
| 16. | Schließung der Sitzung  |

Öffentlicher Teil:

**TOP 1            Eröffnung der Sitzung**

**Vorsitzender Gossel** eröffnete um 15.00 Uhr die 36. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

---

**TOP 2            Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**Vorsitzender Gossel** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Jan-Adolf Looden vertrat den Abgeordneten Holger Looden und Abgeordneter Röben die Abgeordnete Kleinert. Abgeordneter Strömer nahm für den Abgeordneten Feldmann und Abgeordnete Wirsik für den Abgeordneten Meyerholz an der Sitzung teil.

---

**TOP 3            Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Fassung festgestellt.

---

**TOP 4            Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.04.2021**

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** teilte mit, dass sie an der letzten Sitzung des Finanzausschusses zwar nicht teilgenommen habe, freute sich aber über die schnelle Zusendung des Protokolls, das leider nur jede zweite Seite beinhalte.

**Frau Hanekamp** sicherte zu, dass zeitnah ein vollständiges Protokoll in Papierform nachgereicht werde. Das Protokoll sei komplett in Session und im Internet einsehbar.



Die Niederschrift über die 35. Sitzung des Finanzausschusses am 06.04.2021 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
 ➔ **einstimmig beschlossen**

**TOP 5**      Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

**TOP 6**      Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2017  
Vorlage: IX/2021/043

**Frau Hanekamp** erläuterte anhand einer Präsentation (Anlage 1) den Jahresabschluss 2017.

Im Zusammenhang mit der Erläuterung der Personal- und Versorgungsaufwendungen erkundigte sich **Abgeordneter Strömer**, ob für die Beamtenstellen, die mit Tarifbeschäftigten besetzt seien, Zahlungen an die Nds. Versorgungskasse geleistet werden müssen.

**Frau Saathoff** antwortete, dass nur für die nicht besetzten Beamtenstellen Ausgleichszahlungen an die Versorgungskasse geleistet werden müssen. Nähere Informationen könne das Personalwesen geben.

**Abgeordneter Strömer** wollte wissen, ob die investiven Haushaltsreste in Höhe von 21,2 Mio. € noch zur Verfügung stehen.

**Frau Saathoff** informierte, dass das Erfordernis über die Bildung der Haushaltsreste zum Ende jeden Jahres vor Erstellung des endgültigen Jahresabschlusses detailliert geprüft werde. Die investiven Haushaltsreste würden z.B. bei Straßen- und Radwegebaumaßnahmen gebildet werden. Aufgrund der hohen Haushaltsreste sei die Kreditermächtigung in den letzten Jahren entsprechend übertragen worden. Es müsse geprüft werden, inwieweit Kreditermächtigungen aus Vorjahren in Abgang gebracht werden können.

**Vorsitzender Gossel** bedankte sich bei **Frau Hanekamp** für die Vorstellung des Jahresabschlusses 2017.

1. Der mit Datum vom 31. August 2020 durch den Landrat festgestellte Jahresabschluss des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2017 wird beschlossen.
2. Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen in der Ergebnisrechnung in Höhe von insgesamt 979.883,00 € sowie die über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in

der Finanzrechnung (Auszahlungen für Investitionstätigkeit) in Höhe von insgesamt 171.977,01 € werden zur Kenntnis genommen und genehmigt.

3. Der im Jahresabschluss 2017 in der Ergebnisrechnung festgestellte Überschuss in Höhe von 9.972.563,61 € wird mit dem kameralen Sollfehlbetrag verrechnet.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0

➔ einstimmig beschlossen

**TOP 7**      **Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 einschließlich  
Stellungnahme der Verwaltung**  
**Vorlage: IX/2021/044**

**Herr Wiltfang** erläuterte die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 anhand des Prüfungsberichtes 2017. Er führte zu den Textziffern 1 bis 6 entsprechend aus.

**Herr Rabenstein** ergänzte zu dem Prüfungsschwerpunkt Jobcenter anhand des Prüfungsberichtes und der Textziffer 7.

**Herr Heinen** berichtete zu der Prüfung der beim Landkreis Aurich getätigten Investitionen sowie den Textziffern 8 bis 10. Aus Sicht des Rechnungsprüfungsamtes bestehe Handlungsbedarf bzgl. der Einrichtung einer zentralen Vergabestelle. Der Beratungsbedarf der Ämter und der Gemeinden bzgl. der Vorbereitung von Ausschreibungen sei in der letzten Zeit stark angestiegen.

**Herr Wiltfang** ergänzte, dass die Unterstützung seitens des Rechnungsprüfungsamtes bei der Vorbereitung von Ausschreibungen teilweise mehr Zeit in Anspruch genommen habe als die Prüfung selbst. In den Ämtern bestünden aufgrund der Komplexität der Ausschreibungsverfahren große Wissenslücken. Von daher sei die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle sinnvoll. Es sei personell nicht mehr leistbar, den Ämtern und Gemeinden diesbezüglich im bisherigen Umfang beratend zur Verfügung zu stehen.

Wichtig sei ein Vergaberecht, das handelbar sei, so **Landrat Meinen**. Er sagte, dass man sich bereits mit der Einrichtung einer zentralen Vergabestelle beschäftigt habe. Kreisrat Smolinski habe aufgrund seines vorherigen Tätigkeitsfeldes, zu dem auch eine zentrale Vergabestelle gehörte, entsprechende Kenntnisse. Aufgrund der Corona-Pandemie habe dieses Thema zurzeit aber keine Priorität.

Zusammenfassend sagte **Herr Wiltfang**, dass das Rechnungsprüfungsamt vorschlage, dem Landrat die Entlastung für das Haushaltsjahr 2017 zu erteilen.

**Vorsitzender Gossel** bedankte sich bei den Mitarbeitenden des Rechnungsprüfungsamtes für die Vorstellung des Prüfungsberichtes 2017.

**Abgeordneter Strömer** fragte nach, wie es sich mit den Bürgschaften für Private für Gebäude auf dem Gelände die Ubbo-Emmius-Klinik im Falle der Inbetriebnahme der Zentralklinik verhalte.

**Frau Saathoff** antwortete, dass es sich um Bürgschaften für die landkreiseigenen Gebäude zur Absicherung privater Finanzierungen handele.



**Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2017 sowie die Stellungnahme der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 8      Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2017**  
**Vorlage: IX/2021/051**

**Dem Landrat wird für die Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2017 die Entlastung erteilt.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 1  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 9      Konsolidierter Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2014**  
**Vorlage: IX/2021/040**

**Der konsolidierte Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2014 wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 10      Bericht über die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2014**  
**Vorlage: IX/2021/041**

**Der Bericht über die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2014 wird zur Kenntnis genommen.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 11      Verzicht auf die Erstellung der konsolidierten Gesamtabchlüsse für die Haushaltsjahre 2015 bis 2020**  
**Vorlage: IX/2021/042**



**Frau Saathoff** erläuterte zur Beschlussvorlage. Die Kosten für die Erstellung eines Gesamtabschlusses würden sich auf ca. 18.000 bis 20.000 € belaufen. Hinzu kämen die Bearbeitungszeiten in der Zentralen Finanzverwaltung sowie die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt. Durch die vorgesehene Änderung des NKomVGs könne auf die Erstellung der Gesamtabschlüsse bis einschließlich 2020 verzichtet werden. Die Aussagekraft eines Gesamtabschlusses sei eher als gering einzustufen, maßgeblich seien die Einzelabschlüsse. Da in der heutigen Sitzung erst der Gesamtabschluss 2014 beschlossen worden sei, würde die Verwaltung vorschlagen, auf die Gesamtabschlüsse 2015 bis 2020 zu verzichten. Mit dem Gesamtabschluss 2021 habe man dann aktuellere Zahlen.

**Abgeordneter Constant** stimmte dem Beschlussvorschlag zu. Die Kommunalpolitiker der neuen Wahlperiode hätten dann auch aktuellere Zahlen, die sich besser vergleichen ließen.

Das Rechnungsprüfungsamt könne dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen, so **Herr Wiltfang**. Der Erkenntnisgewinn rechtfertige den Aufwand nicht.

**Auf die Erstellung der konsolidierten Gesamtabschlüsse für die Haushaltsjahre 2015 bis 2020 wird verzichtet.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
 ➔ **einstimmig beschlossen**

*Die Herren Heinen, Rabenstein und Wiltfang nahmen bis 16.06 Uhr an der Sitzung teil.*

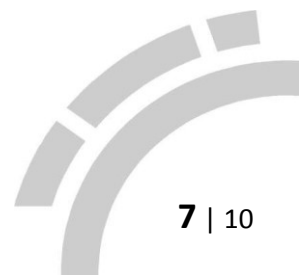
**TOP 12**      **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Vor-Ort-Kinderbetreuung bei allen Sitzungen des Kreistags, seiner Ausschüsse und nachgeordneter Gremien**  
**Vorlage: IX-AF/2021/008**

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** erläuterte den Antrag. Die Betreuung während einer Sitzung könne auch für die Kinder der Mitarbeitenden eröffnet werden, damit auch sie an den Sitzungen teilnehmen können. Der Landkreis müsse die Räumlichkeiten und das Betreuungspersonal zur Verfügung stellen.

Nach ihrer Berechnung würden etwa 50 € Betreuungskosten je Sitzung anfallen, multipliziert mit ca. 80 Sitzungen jährlich, würde ein Aufwand in Höhe von ca. 4.000 € entstehen.

**Abgeordnete Harms** entgegnete, dass es viele Möglichkeiten der Kinderbetreuung gebe. Zu berücksichtigen sei, dass die Kinder die Betreuungspersonen nicht kennen würden und daher nicht in der Betreuung bleiben wollen.

**Abgeordnete Wirsik** schlug vor, die Coronazeit abzuwarten und dann erneut über den Antrag abzustimmen.



**Abgeordneter Meyer** gab zu bedenken, dass den Abgeordneten auch zugemutet werde, sich selbst um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern.

**Abgeordneter Looden** war der Meinung, dass die Abgeordneten selbst die Kinderbetreuung während einer Sitzung sicherstellen müssen, es handele sich hierbei nicht um eine Aufgabe des Landkreises.

**Abgeordneter Bargmann** meinte, dass die Idee, die dahinterstecke, gut sei. Aktuell sehe er aber keinen Bedarf. Dem neuen Kreistag stehe es natürlich frei, über den Antrag erneut zu beraten, wenn ein Betreuungsbedarf vorhanden sei. Zu bedenken sei jedoch, dass die Kinder wahrscheinlich unterschiedlich alt seien und die Umsetzung logistisch schwierig sei. Außerdem sei eine Betreuungskraft nicht ausreichend.



**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** wies noch mal darauf hin, dass es darum gehe, junge Leute zu motivieren, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren. Man müsse Mandatsträger für die Zukunft gewinnen und durch die Einrichtung der Kinderbetreuung ein Zeichen setzen, gerade im Hinblick auf einen familienfreundlichen Landkreis.

**Abgeordneter Constant** sagte, dass der Ansatz gut sei, aber eine ganzheitliche Betrachtung wichtig sei. Wenn im neuen Kreistag ein entsprechender Bedarf vorhanden sei, könne erneut darüber beraten werden. Zum jetzigen Zeitpunkt sehe er keinen Handlungsbedarf.

**Abgeordneter Strömer** schlug vor, den Antrag zur Beratung an die Fraktionen zu verweisen.

**Landrat Meinen** gab zu bedenken, dass an den meisten Sitzungsorten kein kindgerechtes Umfeld vorhanden sei. Es gebe sehr gute Betreuungsmöglichkeiten, u.a. auch über die Tagespflege. In der Aufwandsentschädigungssatzung sei die Erstattung für eine Kinderbetreuung bereits entsprechend geregelt. Die Einrichtung einer festen Kinderbetreuung sei sehr schwierig planbar, außerdem reiche eine Betreuungskraft nicht aus.

#### Abstimmungsergebnis:

 Ja-Stimmen: 2      Nein-Stimmen: 11      Enthaltungen: 0  
 **mehrheitlich abgelehnt**

---

#### **TOP 13**      Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 Vorlage: IX/2021/052

**Abgeordnete Wirsik** teilte mit, dass sie sich bei der Abstimmung enthalten werde, weil sie noch etwas Zeit benötige.

Auch **Abgeordneter Strömer** sagte, dass er sich heute enthalten werde.

**Abgeordneter Meyer** wies darauf hin, dass in der Haushaltssatzung noch nicht die von der SPD-Fraktion beantragten und in der letzten Sitzung des Finanzausschusses einstimmig beschlossene Erhöhung des investiven Haushaltsansatzes um 500.000 € auf 850.000 € (I66-00-011) enthalten sei. Diese Erhöhung sollte in der Haushaltssatzung entsprechend eingearbeitet werden.





**Abgeordneter Bargmann** teilte mit, dass ihm die Folgejahre Bauchschmerzen bereiten würden. Es sei ganz wichtig, zeitnah mit der Haushaltskonsolidierung zu beginnen. Der Landkreis habe ein Ausgabe- und kein Einnahmeproblem. Der Finanzausschuss müsse sich zeitnah Gedanken machen.

**Landrat Meinen** machte deutlich, dass der Kreishaushalt u.a. von der Wirtschaftslage abhängig sei. Gehe es der Wirtschaft schlecht, würde sich auch die finanzielle Situation des Landkreises verschlechtern.

Sparsamkeit und Haushaltskonsolidierung seien keine Aufgaben, die nur bei der Haushaltsplanung anstehen, sondern das ganze Jahr über praktiziert werden müssen. Einige Ausgabeposten könne man sicher genauer beleuchten, vieles sei im Haushalt des Landkreises jedoch fremdbestimmt. Bei den Jugend- und Sozialaufwendungen handele es sich um Pflichtaufwendungen, die viele Millionen Euro ausmachen würden. Deren Entwicklung könne nicht oder nur im geringen Umfang beeinflusst werden.

In den neu eingeplanten Finanzausschusssitzungen im Juni und Juli sei eine detaillierte Auseinandersetzung mit verschiedenen Haushaltspositionen vorgesehen.

**Abgeordneter Constant** sagte, dass im Haushaltsplan teilweise beträchtliche Erhöhungen enthalten seien. Man müsse diese Punkte prüfen und sich evtl. auch von lieb gewonnenen Dingen trennen.

**Abgeordneter Strömer** schlug vor, in der nächsten Sitzung des Kreistages eine Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung zu bilden. In der Vergangenheit hätte eine derartige Arbeitsgruppe gute Arbeit gemacht.

**Abgeordneter Looden** schlug die Beauftragung eines externen Gutachters zur Haushaltskonsolidierung vor.

Ein Gutachten koste viel Geld und habe häufig sogar anschließend Mehraufwendungen zur Folge, so **Landrat Meinen**. Er sagte, dass die Einrichtung einer Arbeitsgruppe nicht erforderlich sei, der Finanzausschuss sei das richtige Gremium dafür. Bei den zukünftigen Beratungen werde es aber konkreter werden, auch Prozesse müssten verändert werden. Ebenfalls müssten Prioritäten gesetzt werden.

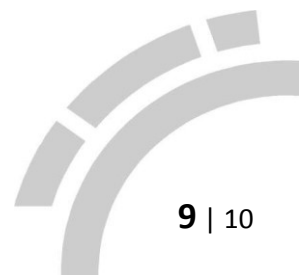
**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** teilte mit, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen einen Antrag bzgl. der wesentlichen Produkte einreichen werde.

**Vorsitzender Gossel** stellte den Beschlussvorschlag mit der Ergänzung der zusätzlichen Mittel in Höhe von 500.000 € für die Radwege (I66-00-011) zur Abstimmung.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die geänderte Haushaltssatzung (Anlage 2) sowie der geänderte Investitionsplan (Anlage 3) sind dem Protokoll beigelegt.*

Die Haushaltssatzung des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2021 einschließlich des Investitionsprogrammes für die Haushaltsjahre 2021 bis 2024 wird in der vorgelegten Form beschlossen. Die wesentlichen Produkte werden in der vorgelegten Form festgelegt. Die Finanzplanungsdaten für den Zeitraum bis 2024 werden zur Kenntnis genommen. Dem Stellenplan des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2021 wird zugestimmt.



Auf die gem. § 110 Abs. 8 NKomVG erforderliche Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes wird für das Haushaltsjahr 2021 auf der Grundlage des § 182 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 NKomVG (Verlust bedingt durch festgestellte epidemische Lage) verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 8      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 5  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 14**      Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 15**      Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 16**      Schließung der Sitzung

**Vorsitzender Gossel** schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden um 16.43 Uhr.

---

\_\_\_\_\_  
gez. Gossel  
Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
gez. Hanekamp  
Protokollführerin